



NIEDERSCHRIFT

13. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung

Sitzungstermin:	Dienstag, 21.06.2011
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:55 Uhr
Ort, Raum:	Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal)

Herr Stv. Gustl Rinkens - SPD-Fraktion
Herr Stv. Franz-Bernd Mortimer - ABU-Fraktion
Herr Stv. Matthias Feilen - SPD-Fraktion
Herr Stv. Manfred Held - SPD-Fraktion
Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion
Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion
Herr Stv. Friedhelm Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Franz-Josef Altdorf - SPD-Fraktion
Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion
Herr Peter Steingass - CDU
Herr Stv. Guido Gebauer - ABU-Fraktion
Herr Hartmut Malecha - GRÜNE
Herr Christoph Kuckartz - FDP
Herr Josef Wisten - FWA
Herr Stv. Andreas Weber - REP-Fraktion
Herr Stv. Hartmut Knippschild - Fraktionsloses Ratsmitglied
Herr Wolfgang Graf - SPD (IGBCE)
Herr Peter Schongen - GRÜNE
Herr Ferdinand Plum - ABU

Vertretung für: Herrn Hoffmann,
Christian

Abwesend waren:

Herr Christian Hoffmann - REP
Herr Edgar Spiertz - CDU

entschuldigt

entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
Vorlage: 2011/1158
2. Fragestunde für Einwohner gem. § 17 der Geschäftsordnung
Vorlage: 2011/1159
3. Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in den letzten Sitzungen gefassten Beschlüsse
Vorlage: 2011/1160
4. Bestellung von Schriftführerin und Schriftführern für die Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung des Rates der Stadt Alsdorf
Vorlage: 2011/1175
5. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung NRW;
Novellierung des Bebauungsplanes Nr. 131; Antrag von Herrn Helmut Körfer vom 05.08.2010
Hier: Aufstellungsbeschluss zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 131 – "Adolf – Kolping – Straße – West"
Vorlage: 2011/1182
6. Abschluss eines Öffentlich-rechtlichen Vertrages gem. §§ 11 und 124 Abs. 1 Baugesetzbuch -BauGB- zur Erschließung des "Stadtgartens"
Vorlage: 2011/1239
7. Abschluss eines Öffentlich-rechtlichen Vertrages gem. §§ 11 und 124 Abs. 1 Baugesetzbuch -BauGB- zur Erschließung des Sportplatz Hoengen Martin-Struff-Straße
Vorlage: 2011/1247
8. Darlegung ökologischer Ausgleichsmaßnahmen
hier: Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 16.05.2011
Vorlage: 2011/1245
9. Möglichkeiten der Anbindung der Stadt Baesweiler an das Netz der Euregiobahn - Machbarkeitsstudie des NVR mit Trassenvariante über Alsdorf
Vorlage: 2011/1265
10. Abbau von 5 öffentlichen Telefonstellen im Alsdorfer Stadtgebiet;
Schreiben der Telekom Deutschland GmbH im Hinblick auf Konsensabbau
Vorlage: 2011/1266

11. Bebauungsplan Nr. 322 – Luisenstraße -
 - a) Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 322 –Luisenstraße
 - b) Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und BehördenbeteiligungVorlage: 2011/1178

12. Anfragen und Mitteilungen
- Ausgaben des FB 2
Vorlage: 2011/1141

13. Bebauungsplan Nr.315 – Am Schmiedsend –
 - a) Beschluss über die Änderung des Plangebietes
 - b) Billigung des Bebauungsplans Nr.315 – Am Schmiedsend –
 - c) Beschluss über die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 315 – Am Schmiedsend –Vorlage: 2011/1181

14. 21. Änderung der Satzung über die Erhebung von Friedhofsgebühren in der Stadt Alsdorf vom 11.12.1981
Vorlage: 2011/1269

15. Schwelle am Willy Brandt Ring
hier: Antrag der REP-Fraktion im Rat der Stadt vom 04.06.2011
Vorlage: 2011/1287

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung der Sitzung Vorlage: 2011/1158

Protokoll:

Der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Herr Stv. Mortimer, eröffnet um 18.00 Uhr die Sitzung. Er stellt fest, dass Einladung und Erläuterungen mit den Nachträgen allen Beteiligten form- und fristgerecht zugestellt worden sind. Im Anschluss daran begrüßt er die Sitzungsteilnehmer, die Presse,

die Verwaltung:

Frau Lo Cicero-Marenberg	Techn. Beigeordnete
Herr Göttgens	Leiter FG 4.3
Frau Eschweiler	Sachbearbeiterin FG 4.1
Frau Schaal	Leiterin FG 2.1
Herr Dziatzko	Sachbearbeiter FG 2.1
Herr Otte	Sachbearbeiter FG 2.1
Frau Geßner	Schriefführerin

sowie die Gäste:

Herr Stv. Hennes	ABU-Fraktion
Frau Lorenz	Planungsbüro
Herr Ansorge	Planungsbüro.

Vor Einstieg in die Sitzung spricht Herr Stv. Mortimer dem nicht anwesenden Herrn Gustl Rinkens besonderen Dank und Anerkennung für sein jahrelanges Engagement als Ausschussvorsitzender aus.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt die Erweiterung der Tagesordnung um die öffentlichen Punkte 13, 14 und 15 sowie dem nichtöffentlichen Punkt 5.

Abstimmung:

Einstimmig

zu 2 Fragestunde für Einwohner gem. § 17 der Geschäftsordnung Vorlage: 2011/1159

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

zu 3 Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in den letzten Sitzungen gefassten Beschlüsse Vorlage: 2011/1160

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in den letzten Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung gefassten Beschlüsse zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

- zu 4 Bestellung von Schriftführerin und Schriftführern für die Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung des Rates der Stadt Alsdorf
Vorlage: 2011/1175**
-

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung bestellt Frau Martina Holz, Herrn Josef Jordans, Frau Yvonne Rietz, Frau Gabriele Schaffrath, Frau Johanna Scheefe und Frau Martha van Thriel zu Schriftführerinnen/ zum Schriftführer für seine Sitzungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- zu 5 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung NRW; Novellierung des Bebauungsplanes Nr. 131; Antrag von Herrn Helmut Körfer vom 05.08.2010
Hier: Aufstellungsbeschluss zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 131 – "Adolf – Kolping – Straße – West"
Vorlage: 2011/1182**
-

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung

- a) nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Antrag gemäß § 24 GO NRW zur Kenntnis,
- b) beschließt die Aufstellung des 3. Änderungsverfahrens des Bebauungsplanes Nr. 131 – „Adolf - Kolping - Straße - West“ im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB,
- c) beschließt die Durchführung einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung gem. § 13 Abs. 2 i.V.m. § 3 Abs. 1 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- zu 6 Abschluss eines Öffentlich-rechtlichen Vertrages gem. §§ 11 und 124 Abs. 1 Baugesetzbuch -BauGB- zur Erschließung des "Stadtgartens"
Vorlage: 2011/1239**
-

Protokoll:

Der Vorsitzende, Herr Stv. Mortimer regt an, den Beschluss dahingehend zu ergänzen, dass der Erschließungsvertrag erst in Kraft treten solle, wenn die Fa. soleo Wachtendonk rechtmäßiger Eigentümer ist. Im Anschluss bittet er die Vertreterin des Investors um Vorstellung ihrer Präsentation.

Frau Lorenz, Planungsbüro soleo Wachtendonk GmbH / DORN + OVERBECK Architekten/ IB Klee, erläutert dem Ausschuss die baulichen Änderungen, die sich mit dem Planfortschritt an dem Projekt ergeben haben, sowie die beabsichtigte Platzgestaltung. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Malecha erkundigt sich, ob im Zusammenhang mit der vorgesehenen Erhöhung der Belegungszahl von 80 auf 88 die Stellplatzanzahl für das Vorhaben noch ausreichend seien.

Frau Lorenz bejaht dies, da man anstelle der rechnerisch erforderlichen 50 Stellplätze bereits insgesamt 70 eingeplant worden seien und verweist in diesem Zusammenhang auch auf die zentrale Lage und Nähe zum öffentlichen Personennahverkehr.

Herr Steingass fragt nach, ob die Entwässerung des Altenheimes durch die vorhandene Kanalisation der Rathausstraße hydraulisch bewältigt werden könne.

Frau Lo Cicero-Marenberg bejaht dies vor dem Hintergrund umfangreicher Vorabstimmungen zwischen dem Eigenbetrieb Technische Dienst und dem Investor.

Herr Stv. Brandt drückt seine Verwunderung darüber aus, dass das Grundstücksgeschäft noch nicht abgeschlossen sei.

Frau Lo Cicero-Marenberg führt aus, dass auf Wunsch der Fa. Soleo Wachtendonk die ausstehenden Verträge – nämlich ein privatrechtlicher Kaufvertrag und ein Erbbaurechtsvertrag über die dortigen städtischen Grundstücke sowie ein Kaufvertrag mit der GSG über deren Fläche an der Rathausstraße und letztlich der hier gegenständliche Erschließungsvertrag zusammen in einem Notartermin beurkundet werden sollen.

Herr Stv. Plum befürwortet die vom Vorsitzenden vorgeschlagene Erweiterung des Beschlussvorschlages für die SPD-Fraktion.

Herr Müller weist darauf hin, dass sich der Investor und Bürgermeister der Stadt Alsdorf geeinigt haben, zunächst den Kaufvertrag zwischen der Stadt Alsdorf und der Fa. Soleo Wachtendonk und im Anschluss daran den Erbbaurechtsvertrag, den Kaufvertrag mit der GSG und zum Schluss den Erschließungsvertrag zu beurkunden. Diese vorgenannten Beurkundungen sollten alle an einem Tag in einem Termin vollzogen werden.

Eine Eintragung ins Grundbuch würde ca. drei bis vier Monate dauern. Eine solche Bedingung würde das Verfahren insofern nur unnötig aufhalten. Aus diesem Grunde schlägt er vor, die Änderung des Beschlussvorschlages auf den Besitzübergang zu beschränken. Dies bedeute, dass in dem Moment, in dem die Zahlung erfolgt sei, der Besitz an die Fa. Soleo Wachtendonk übergehe und diese dann über die Grundstücke verfügen dürfe, unabhängig davon, was im Grundbuch zu einem späteren Zeitpunkt an Eintragung erfolge.

Beschluss:

Dem Abschluss des als Anlage /1 beigefügten "öffentlich-rechtlichen Vertrages gem. §§ 11 und 124 Abs. 1 Baugesetzbuch mit der soleo Wachtendonk GmbH wird mit der Maßgabe zugestimmt, dass der Vertrag mit dem Besitzübergang der Grundstücke auf den Investor rechtskräftig wird."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- zu 7** **Abschluss eines Öffentlich-rechtlichen Vertrages gem. §§ 11 und 124 Abs. 1 Baugesetzbuch -BauGB- zur Erschließung des Sportplatz Hoengen Martin-Struff-Straße**
Vorlage: 2011/1247
-

Protokoll:

Herr Malecha erklärt, dass die Grünen-Fraktion den dazugehörigen Bebauungsplan ablehne und demzufolge dem Vertrag nicht zustimmen werde.

Der Vorsitzende, Herr Stv. Mortimer merkt an, dass der von Zeitzeugen beschriebene Luftschutzbunker mittlerweile geortet worden und die Verfüllung vorgesehen sei.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt: „Dem Abschluss des der Originalniederschrift als **Anlage /1** beigefügten „Öffentlich-rechtlichen Vertrages gem. §§ 11 und 124 Abs. 1 Baugesetzbuch“ mit der Bauland GmbH wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit zugestimmt (bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung)

- zu 8** **Darlegung ökologische Ausgleichsmaßnahmen**
hier: Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 16.05.2011
Vorlage: 2011/1245
-

Protokoll:

Herr Malecha erklärt, dass die Grünen-Fraktion diesen Antrag gestellt habe, da schon seit einigen Jahren diesbezüglich nicht mehr im Ausschuss berichtet worden sei. Er bedankt sich für die Vorlage und die hinsichtlich des ökologischen Ausgleichs geleistete Arbeit der Fachabteilung, die er insbesondere angesichts der knappen Personalsituation des FG 2.3. besonders zu schätzen wisse.

Herr Stv. Hennes verweist auf das fortschrittlich digital geführte Baumkataster bspw. wie in der Stadt Berlin und erkundigt sich, ob etwas vergleichbares für Alsdorf eingeführt werde.

Frau Lo Cicero-Marenberg weist darauf hin, dass der Beschluss zur Aufstellung eines Baumkatasters für Alsdorf bereits vor einigen Monaten gefasst wurde und zur Zeit die Numerierung und Aufnahme zunächst der Großbäume erfolge. Im Hinblick auf eine digitale Erfassung wie am v.g. Beispiel müssten jedoch noch einige Anschaffungen getätigt werden, die z.Zt. aufgrund der Haushaltssituation nicht möglich gewesen seien.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

Protokoll:

Der Vorsitzende Herr Stv. Mortimer bittet den Ausschuss darum, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen. Als Begründung führt er an, dass die Stadt Alsdorf an den Kosten der Studie anteilig beteiligt werde. Dabei solle dem Alsdorfer Bürger nur das zugemutet werden, was der Stadt Alsdorf auch zugute kommt und dies sei die hier vorgeschlagene Variante „Mariagrube-Hoengen-Industriepark-Siersdorf-Baesweiler-Setterich. Die anderen Varianten seien bereits in der Voruntersuchung herausgefallen.

Herr Stv. Brandt äußert dagegen Bedenken, da sich seiner Meinung nach eine Machbarkeitsstudie nicht nur mit der Durchführung einer Alternative beschäftigen solle. Zudem handele es sich hierbei um einen Gemeinschaftsauftrag, an dem mehrere Partner beteiligt seien und die Entscheidung der Stadt Alsdorf allein nicht ausschlaggebend sei. Außerdem habe sich die Stadt Baesweiler auch noch nicht für eine Alternative festgelegt. Er plädiert dafür, die Machbarkeitsstudie ohne Einschränkungen in Auftrag zu geben und nach Vorliegen der Studie die für Alsdorf beste Variante auszuwählen. Im weiteren bittet er um Klärung der Kostenaufteilung mit den anderen Partnern, auch im Hinblick auf eine etwaige Beteiligung der Gemeinde Aldenhoven.

Frau Lo Cicero-Marenberg erläutert, dass der NVR die Machbarkeitsstudie in Auftrag gebe. Bei einem Vorgespräch mit dem NVR, zu dem nur die Stadt Alsdorf und die Stadt Baesweiler eingeladen waren, wurde bezüglich der Kosten eine Größenordnung von 50.000,- € angesprochen, die dann durch Fünf (NVR, EVS, DB Regio, Baesweiler und Alsdorf) geteilt werden sollte. Für die Gemeinde Aldenhoven als weiterer Partner müsse eine Beteiligung insofern von Interesse sein, als damit auch für Siersdorf eine hochattraktive ÖPNV-Anbindungsmöglichkeit eröffnet werde. Im Hinblick auf die angespannte Haushaltslage der Stadt Alsdorf sei es aber nicht möglich, Kostenanteile an der Machbarkeitsstudie zur Anbindung der Stadt Baesweiler an das Netz der Euregiobahn für eine Trasse zu rechtfertigen, die nicht durch Alsdorfer Stadtgebiet führt.

Sie führt aus, dass sie diesbezüglich auch mit dem Technischen Beigeordneten der Stadt Baesweiler telefonisch in Kontakt gestanden habe, der ihr mitgeteilt habe, dass er demnächst ein Gespräch mit der Gemeinde Aldenhoven suche.

Zusammenfassend schlägt sie vor, dass der Ausschuss nochmals informiert werde, wenn die Angebote des NVR der Verwaltung vorliegen. Sollte die Angebotssumme von 5.000,- € Kostenanteil für die Stadt Alsdorf überschritten werden, solle der Ausschuss erneut über die Finanzierung beschließen. Zum Abschluss weist sie darauf hin, dass die Machbarkeitsstudie die Voraussetzung sei, um in die Finanzplanung des Landes für künftige Förderungen aufgenommen zu werden.

Herr Stv. Brandt erkundigt sich nach etwaigen Zahlungsverpflichtungen der Stadt Alsdorf, wenn nicht die heute vorgeschlagene Variante beauftragt werde.

Frau Lo Cicero-Marenberg erklärt, dass Auftraggeber für diese Studie der NVR sei. Die Verwaltung sehe Schwierigkeiten darin, die Untersuchung einer Trasse, die Alsdorfer Siedlungsgebiet nicht erschließt, finanziell mitzutragen. Auch die Trasse entlang der B 57 sei aus Alsdorfer Sicht aufgrund vielfältiger Konflikte, erheblicher Auswirkungen und Aufwands sowie städtebaulicher Defizite nicht wünschenswert zu vertiefen. Sollte seitens der Stadt Baesweiler der nachvollziehbare Wunsch bestehen, neben der hier vorgeschlagenen Variante Siersdorf bspw. auch die Variante über Merkstein vertieft zu untersuchen, seien diese Mehrkosten aus Alsdorfer Sicht auch dort zu tragen. Man hoffe auch beim NVR, dass die 50.000 € in der Angebotsabfrage verschiedener Büros noch unterboten werden könnten.

Herr Stv. Plum erklärt für die SPD-Fraktion, dass diese den Beschlussvorschlag der Verwaltung im Sinne der Alsdorfer und Baesweiler Bürger unterstützen werde.

Herr Schongen und Herr Malecha befürworten für die Grünen-Fraktion den von der Verwaltung vorgelegten Beschlussvorschlag. Als Begründung führt Herr Schongen an, dass durch die Anbindung der Stadt Baesweiler an das Euregiobahnschienennetz die Fahrgastzahlen erhöht werden und somit letztendlich der Regionalverkehr effektiver und effizienter werde. Letztendlich werde dadurch auch die Stadt Alsdorf profitieren.

Herr Steingass schlägt vor, den Beschlussvorschlag um folgenden Halbsatz zu erweitern:

„Vorbehaltlich der Zustimmung der Nachbarkommunen zu der gleichen Trassenvariante.“

Herr Kuckartz fragt nach, ob die Aufteilung der Kosten zu 1/5 feststehe.

Frau Lo Cicero-Marenberg erklärt, dass der NVR den heutigen Ausschussbeschluss mitgeteilt bekomme, mit der Bitte, die Angebote zügig einzuholen, um den Finanzrahmen abschätzen zu können und daraufhin abzustimmen, zu welchen Anteilen die anderen Partner sich am Projekt mitbeteiligen. Sie werden den Ausschuss diesbezüglich in der nächsten Sitzung informieren.

Herr Stv. Brandt bittet aufgrund der vorher getätigten Aussagen, den Tagesordnungspunkt zu vertagen. Zwar könne er die haushalterische Argumentation in Teilen nachvollziehen, aus seiner Sichte müsse man aber vom „Kirchtumsdenken“ abrücken und solle sich hier im Sinne eines gemeinschaftlich verfolgten Konzepts auch gleichermaßen beteiligen. Wenn der heutige Beschluss so wie von der Verwaltung vorgeschlagen, gefasst werden solle, möchte er sich der Stimme enthalten aus den vorgenannten Gründen

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und spricht sich für die Beteiligung der Stadt Alsdorf an der avisierten Machbarkeitsstudie des NVR für die Trassenvariante über „Mariagrube - Hoengen - Industriepark - Siersdorf - Baesweiler - /Setterich“ aus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (bei einer Enthaltung)

**zu 10 Abbau von 5 öffentlichen Telefonstellen im Alsdorfer Stadtgebiet;
Schreiben der Telekom Deutschland GmbH im Hinblick auf Konsensabbau
Vorlage: 2011/1266**

Protokoll:

Herr Stv. Feilen erklärt für die SPD-Fraktion, dass diese dem Abbau der öffentlichen Telefonzellen im Interesse der Bürger und Bürgerinnen nicht zustimmen könne. Auch in der heutigen Zeit sollte jedem im Notfall die Möglichkeit gegeben sein, an öffentlichen Stellen telefonieren zu können. Die Versorgung in den Ortsteilen sei – wie der Anlage zu entnehmen – schon so stark heruntergefahren, dass einer weiteren Reduktion nicht zugestimmt werden könne.

Herr Malecha erklärt für die Grünen-Fraktion ebenfalls, dass diese eine flächendeckende Bereitstellung der Telefonzellen für den Notfall (z.B. bei Stromausfall/ Störungen im Handynet etc.) befürworte und sich gegen eine Demontage der öffentlichen Telefonzellen ausspreche. Vielmehr erwäge er, im Sinne einer umfassenden Daseinsvorsorge für etwaige nicht versorgte Stadtteile wie Busch und Zopp die Neuaufstellung von Telefonstellen zu fordern.

Herr Stv. Brandt erklärt, dass die CDU-Fraktion hinsichtlich der daraus entstehenden Kosteneinsparung kein Problem sehe, dem Abbau von 5 öffentlichen Telefonzellen zuzustimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beschließt, dem Abbau der genannten öffentlichen Telefonstellen nicht zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit zugestimmt (bei drei Gegenstimmen)

**zu 11 Bebauungsplan Nr. 322 – Luisenstraße -
a) Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 322 –Luisenstraße
b) Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und
Behördenbeteiligung
Vorlage: 2011/1178**

Protokoll:

Herr Stv. Gebauer fragt nach, ob der durch die Bauarbeiten weggenommene Radweg wieder hergestellt werde.

Herr Göttgens erklärt, dass dieser in veränderter Lage wieder hergestellt werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt

- a) die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 322 –Luisenstraße-; die genaue Abgrenzung des Plangebietes geht aus dem beigefügten Lageplan hervor (**Anlage 1 der Originalniederschrift**), der Bestandteil des Beschlusses wird.

- b) die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 12 Anfragen und Mitteilungen
 - Ausgaben des FB 2
 Vorlage: 2011/1141**

Protokoll:

Frau Lo Cicero-Marenberg erklärt, dass keine größeren Ausgaben aus dem FB 2 mitgeteilt wurden.

Anfragen:

Anfrage des Herrn Malecha bzgl. Baumaßnahme Haltepunkt Annapark

Herr Malecha fragt nach, ob der jetzige Trampelpfad, der sich zwischen dem ZOB und der Euregiobahn befinde und mittlerweile sehr schlammig sei, im Zuge der jetzigen Baumaßnahmen durch die EVS befestigt werden könne.

Herr Göttgens erklärt, dass er dies mit dem Baustellenleiter der EVS besprechen könne. Jedoch werde dieser Pfad nur ein Provisorium werden, da für die Eingangssituation der Euregiobahn eine neue Zuwegung geschaffen werden müsse.

zu 13 Bebauungsplan Nr.315 – Am Schmiedsend –

- a) **Beschluss über die Änderung des Plangebietes**
 - b) **Billigung des Bebauungsplans Nr.315 – Am Schmiedsend –**
 - c) **Beschluss über die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 315 – Am Schmiedsend –**
- Vorlage: 2011/1181**
-

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung

- a) beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 315 mit dem geänderten räumlichen Geltungsbereich (**Anlage 1 der Originalniederschrift**)
- b) billigt den Bebauungsplan Nr. 315 – Am Schmiedsend – (**Anlage 2 der Originalniederschrift**) gemäß Variante 2.
- c) beschließt die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 315 – Am Schmiedsend – gem. § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB .

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 14 21. Änderung der Satzung über die Erhebung von Friedhofsgebühren in der Stadt Alsdorf vom 11.12.1981
 Vorlage: 2011/1269**

Protokoll:

Herr Stv. Plum erklärt für die SPD-Fraktion, dass diese heute keinen Beschluss fassen möchte. Die abschließende Behandlung und Beschlussfassung solle dann im Rat der Stadt Alsdorf erfolgen.

Dem stimmt Herr Malecha zu und regt an, mehrere Flächen auf den Friedhöfen „stillzulegen“ bzw. abzugrenzen (aus der Friedhofsfläche herausnehmen) und dann extensiv zu begrünen, um Kosten für die Pflege an den Friedhöfen und somit Gebühren für den Bürger einzusparen.

Herr Brenig führt aus, dass der Verwaltung ein diesbezüglicher Vorschlag einer Institution bereits vorliege. Das Problem dabei sei jedoch, dass solche Flächen weiterhin dem Friedhof zugeordnet seien und auch kostenmäßig so abzurechnen seien. Er weist darauf hin, dass bspw. beim Anlegen einer „Blumenwiese“, die sich selbst überlassen wird, ist keine große Pflege mehr nötig sei. Die Akzeptanz der Friedhofsbesucher und Bürger für solche extensiven Flächen stelle jedoch ein großes Problem dar; er gehe davon aus, dass sich die Beschwerdeanrufe über den Zustand solcher Flächen dann häufen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, heute keinen Empfehlungsbeschluss an den Rat der Stadt zu fassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 15 Schwelle am Willy Brandt Ring
hier: Antrag der REP-Fraktion im Rat der Stadt vom 04.06.2011
Vorlage: 2011/1287

Protokoll:

Der Antragsteller, Herr Stv. Weber erläutert die Hintergründe für die Antragstellung und bittet um namentliche Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Stv. Plum verweist auf die Darstellung der Sachlage und spricht sich im Namen der SPD-Fraktion dafür aus, die Angelegenheit durch den Ausschuss für Stadtentwicklung nicht weiter zu verfolgen, da sich die Verwaltung der Angelegenheit annehmen solle.

Herr Stv. Brandt weist darauf hin, dass vergleichbare Fraktionsanträge, die ein Geschäft der laufenden Verwaltung darstellen, in der Vergangenheit vom Vorsitzenden in Absprache mit den Mitgliedern des Ausschusses im Vorfeld von der Tagesordnung runtergenommen wurden. Aus diesem Grunde beantragt er, den Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen, da es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit abgelehnt (bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme)

Gez. Mortimer
Stellv. Vorsitzender des Ausschusses
für Stadtentwicklung

gez. Geßner
Schriftführerin

Gesehen:

Gez. i.V. Lo Cicero-Marenberg